ANTRAG

der Fraktion der AfD

Mittelfristige Finanzplanung 2020 bis 2025

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. der Finanzplan gemäß dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft der Entwicklung jährlich anzupassen und fortzuführen ist.
 2. die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der finanzpolitischen Rahmenbedingungen in der Mittelfristigen Finanzplanung 2019 bis 2024 infolge der Corona-Pandemie erheblich von der nach heutigem Stand voraussichtlichen Entwicklung abweicht.
 3. die Einnahmeerwartungen aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen in der Mittelfristigen Finanzplanung 2019 bis 2024 nicht erreicht werden können.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. dem Landtag die voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens für den Zeitraum 2020 bis 2025 darzustellen.
 2. dem Landtag die Mittelfristige Finanzplanung 2020 bis 2025 bis zum 12. Oktober 2020 vorzulegen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Pflicht zur jährlichen Anpassung und Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung wird durch § 9 Abs. 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) normiert. Diese Regelung gilt gemäß § 14 StWG auch für die Länder.

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat mit Urteil vom 22. November 2005¹ entschieden, dass „die Pflicht zur jährlichen Vorlage [...] auch dann [besteht], wenn es wegen eines für das laufende und das nächste Haushaltsjahr aufgestellten und verabschiedeten Doppelhaushalts im laufenden Haushaltsjahr nicht der Vorlage eines Entwurfs eines Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr bedarf“. Hiermit ist die Position des Parlamentes hinsichtlich der bereits gemäß § 50 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (HGrG) bestehenden bundesrechtlichen Pflicht zur jährlichen Vorlage eines Finanzplans gestärkt worden.

Die Mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2024 geht von einem Anstieg des deutschen Bruttoinlandsproduktes von + 1,5 % für 2020 aus und die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sollten auf die Finanzstrategie 2016 bis 2021 des Koalitionsvertrages und Einhaltung der Schuldenbremse aufbauen.

Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr einen deutlichen Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes um 6,3 %. Nach dem Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2020 um 98,6 Mrd. Euro niedriger ausfallen als noch im Oktober 2019 erwartet. Für den Bund ergeben sich dabei Mindereinnahmen von 44,0 Mrd. Euro und für die Länder von 35,0 Mrd. Euro. Die Einnahmen der Gemeinden sinken um 15,6 Mrd. Euro.

Infolge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Steuermindereinnahmen können die Eckzahlen der Mittelfristigen Finanzplanung 2019 bis 2024 nicht mehr Grundlage der weiteren Haushaltspolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern sein.

Das Ende der Frist zur Vorlage der Mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung 2020 bis 2025 wird auf den 12. Oktober 2020 gesetzt. Dies gibt der Landesregierung ausreichend Zeit, um belastbare Erkenntnisse zu gewinnen und insbesondere die für Anfang September angekündigte Interims-Steuerschätzung² zu berücksichtigen.

¹ VerfGH Berlin, Urteil vom 22. November 2005 - 271/04 - juris.de

² Bundesministerium der Finanzen: Pressemitteilung Nr. 10 vom 14. Mai 2020